

Die Untersuchung, die von der Investitionskommission des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht wurde, soll zeigen, dass taiwanische Unternehmen mehr Unterstützung bei der Vorbereitung ihrer Investition auf dem chinesischen Festland benötigten. Allerdings kann die Untersuchung nur als eingeschränkt repräsentativ bewertet werden, da nur 13% der angesprochenen Unternehmen geantwortet haben und ihre Antwort sich nur auf die Situation im Jahre 1999 bezog. (FT, 11.1.02)

Begleitend zum Ausbau der Handelsbeziehungen hat auch der taiwanische Finanzsektor seine Kontakte zum Festland ausgebaut. Die taiwanische Regierung hat Anfang des Jahres acht führenden taiwanischen Banken erlaubt, Repräsentanzen als erste Form einer direkten Präsenz in China aufzubauen. (BBC PF, 1.2.02) -schü-

27 Auswirkungen des WTO-Beitritts auf Beschäftigung

Die Diskussion um die Folgen des WTO-Beitritts geht in China weiter und spiegelt sich anhand von Medienberichten zu einzelnen Teilaspekten wider. Im Folgenden wird eine Studie des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit vorgestellt, die nach den Folgen für die Beschäftigung fragt.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, das der WTO-Beitritt langfristig mit positiven Effekten für die Beschäftigung verbunden sein wird. Bei einem Zeithorizont von 10 Jahren werde der Beitritt aufgrund der Ausweitung des Außenhandels und der Anpassung und Verbesserung der Industriestrukturen zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen.

Der Studie nach wird die Zunahme des *processing trade* (Veredlungshandels), insbesondere bei arbeitsintensiven Exportprodukten, bei denen China komparative Vorteile besitzt, zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen. Auf der Basis von Schätzungen, dass der Außenhandel zwischen 20-40% zum BIP-Wachstum beiträgt, werde sich eine Erhöhung der Exporte um 4-5% pro Jahr in einer Zunahme des BIP-Wachstums um rd. einen Prozentpunkt niederschlagen. Dieses zusätzliche Wachstum würde wiederum

Arbeitsplätze für rd. 1 Mio. Menschen schaffen. Der WTO-Beitritt wirke als Katalysator für die arbeitsintensiven Industrien und schaffe günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen, die ebenfalls zur Beschäftigung beitragen würden.

Wenn diese Faktoren berücksichtigt werden, also die Vorteile eines reichen Arbeitskräfteangebotes und komparativer Vorteile bei den Lohnkosten sowie die Wirtschaftsentwicklung und die Veränderung der Wirtschaftsstrukturen einbezogen würden, dann sei mit einem Anstieg der Beschäftigungselastizität um 50% in der kommenden Dekade gegenüber den 90er Jahren zu rechnen. Bei einer Elastizität von 0,15 würde sich jeder zusätzliche Prozentpunkt des BIP-Wachstums als ein Wachstum der Beschäftigung um 0,15 Prozentpunkte auswirken. Auf dieser Berechnung basierend könnten jährlich 2-3 Mio. Arbeitsplätze pro Jahr im Durchschnitt nach dem WTO-Beitritt geschaffen werden.

Kurzfristig jedoch, und zwar in den nächsten drei bis fünf Jahren, werde es nicht nur schwierig sein, die Beschäftigung zu erhöhen, sondern es sei auch ein Rückgang der Beschäftigung als Folge des Wettbewerbsdrucks auf traditionelle Industrien und der bestehenden Industriestruktur möglich. Als Ergebnis der strukturellen Anpassung der Industrien und Unternehmen werde die Arbeitslosigkeit zunehmen. In den Städten könnte die Arbeitslosigkeit um 20-30% zunehmen, und in der ersten Phase nach dem WTO-Beitritt könne sich die städtische Arbeitslosenquote verdoppeln und auf 7% ansteigen.

Die Beschäftigungsstruktur wird sich der Studie zufolge dahingehend entwickeln, dass weniger Beschäftigungsmöglichkeiten im Agrarsektor, dagegen mehr im Dienstleistungssektor entstehen werden. Wird angenommen, dass nur 3% des Getreidekonsums importiert werden, dann wäre damit ein Verlust von 10 Mio. Arbeitsplätzen verbunden.

Im Sekundärsektor müsse mit einem Rückgang der Beschäftigung in den folgenden Industriezweigen gerechnet werden: Metallurgie, Automobilssektor, Maschinenbau, Verarbeitung von Speisöl und Getreide und elektroni-

schen Kommunikationsinstrumenten. Durch Anpassungen seien allerdings Beschäftigungssteigerungen in folgenden Branchen möglich: Textilien, Bekleidung, Nahrungsmittelverarbeitung, Lederprodukte, Bausektor, Baustoffe und Chemikalien.

Im Dienstleistungssektor könne von einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung ausgegangen werden. Allerdings werde sich das Anforderungsprofil an die Qualifikation der Arbeitskräfte ändern, sodass Arbeitslose aus anderen Sektoren nicht unbedingt hier eine Beschäftigung finden werden. (FBIS-CHI-12.1.02) -schü-

Binnenwirtschaft

28 Unregelmäßigkeiten in der BOC erschüttern das Vertrauen in die chinesischen Banken

Mitte Januar ist der ehemalige Präsident der Bank of China (BOC), Wang Xuebing, der vor einigen Jahren zur China Construction Bank (CCB) als Präsident gewechselt war, von seiner Funktion entbunden worden. Die Entlassung steht in direktem Zusammenhang mit dem Ergebnis einer zweijährigen Untersuchung der US-Behörden über Unregelmäßigkeiten der Niederlassung der BOC in New York in den Jahren 1991 bis 1993. Wang war Vorsitzender der New Yorker Niederlassung in den Jahren 1988-93 gewesen. Die chinesische Untersuchungsbehörde geht davon aus, dass Wang direkt und indirekt für die Unregelmäßigkeiten verantwortlich ist.

Die US-Behörden werfen der BOC-Niederlassung vor, dass unter der Leitung von Wang Xuebing 10 Mio. US\$ irregulär als Kredite an Freunde des Bankmanagements verliehen wurden, dass gefälschte Akkreditive und Kreditpläne eingesetzt sowie Darlehnsicherheiten verkauft worden und andere Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind.

In einem anderen Fall soll die BOC-Niederlassung in New York 18 Mio. US\$ an ein Unternehmen vergeben haben, dass ebenfalls dem BOC-Manage-

ment nahe stand. Die BOC musste den Kredit abschreiben, ließ aber demselben Kunden nochmals 50 Mio. US\$ zu niedrigen Zinsen, die er dann bei einer anderen Bank zu höheren Zinsen anlegen konnte. Auch von anderen ausländischen Standorten der BOC wurden verschiedene Korruptionsfälle bekannt, wie beispielsweise in Los Angeles und in Kanada, aber auch in China wie in Xiamen, Zhanjiang (Provinz Guangdong), Hainan und Ningbo (siehe dazu im Einzelnen „China's Bankers: Rotten to the Top“, in: FEER, 31.1.02).

Eine erste Reaktion auf diese Korruptionsfälle ist die Ankündigung der nationalen Aufsichtsbehörde Mitte Januar, dass in diesem Jahr neben der Überprüfung der Haushaltsplanung des Finanzministeriums, von acht Provinz-Steuerbehörden, 16 direkt dem Staatsrat unterstellten Zollbehörden, der Zentralbank sowie 67 Behörden der Zentralregierung, der Verwendung von Spezialfonds wie Pensions- und Versicherungsfonds auch die wirtschaftliche Verantwortlichkeit des Leitungspersonals in 12 führenden staats-eigenen Unternehmen überprüft werden soll. Hierbei gehe es u.a. um die Überprüfung der staatseigenen Geschäftsbanken, wobei zunächst mit der Zentrale der CCB begonnen werde. Hierbei soll festgestellt werden, ob eine Verletzung von rechtlichen Vorschriften besteht, z.B. in Form von gefälschten Daten über Aktiva, Gewinne und Verluste oder gefälschten Konten. (FEER, 31.1.02; FBIS-CHI-15.1.02)

In ihrem Kommentar zur offensichtlich weit verbreiteten irregulären Praxis in staatseigenen Banken weist die FEER auf die enge Bindung zwischen Staat bzw. Partei und Wirtschaft hin. Da Bankbeamte angewiesen seien, eine ganze Palette von staatlichen Zielen zu erfüllen, verfügten sie über diskretionäre Spielräume bei der Vergabe von Krediten. Während Kredite zur Unterstützung an staatliche Verlustunternehmen gingen, würden viele Bankmanager hohe Summen für private Zwecke umdirigieren.

Bankkredite, so die FEER, stünden im Mittelpunkt der auf Vetternwirtschaft basierenden Patronage-Netzwerke. Korruption sei ein endemisches Problem, das mit zunehmender internationaler Integration auch im Aus-

land sichtbar werde. Für die Banken bedeute Korruption niedrigere Gewinne und die Zunahme von uneinbringlichen Krediten, die nach Schätzungen bereits die Hälfte bis zwei Drittel der Gesamtkredite ausmachten.

Die Probleme im Banksektor haben nach Einschätzung der FEER schwerwiegende Auswirkungen auf die chinesische Wirtschaftsreform und die Zukunft der KPCh. So hätten die Sparer wenig Alternativen als ihre persönlichen Ersparnisse bei den staats-eigenen Banken einzulegen und seien zunehmend frustriert durch Berichte über Korruption in den Banken. Selbst nach Einschätzung der Beijinger Zeitung *Huaxia Times* betrachteten die Bankleiter die Vergabe von Krediten als handelbare Ware, deren Vorteile sie selbst für sich in Anspruch nehmen wollten. Die Irregularitäten bei der Kreditvergabe hätten nicht nur negative Auswirkungen auf die Sparer, sondern auch auf die gesamte Stabilität des Finanzsektors und die soziale Stabilität.

Als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wird die Bildung einer China Bank Regulatory Commission gesehen, die nach dem Vorbild der Wertpapieraufsichtsbehörde Fehlverhalten aufdecken soll. Fraglich ist, wie unabhängig diese Institution von den Behörden und von der Partei sein wird. (FEER, 31.1.02) -schü-

29 Verkauf staatlicher Aktienanteile weiterhin unklar

Die Ankündigung der Wertpapieraufsichtsbehörde (China Securities Regulatory Commission = CSRC) zum Verkauf der bisher nicht handelbaren Aktien von Staatsunternehmen, einschließlich die im Eigentum der staatlichen Behörden befindlichen Aktien, hat im Januar d.J. zu einem drastischen Preisverfall bei den Aktienkursen geführt.

Aus Furcht vor einem Wertverfall ihrer Aktien bei einem Verkauf der staatseigenen Anteile am Aktienpaket von Unternehmen, stießen die Anleger viele Aktien von Staatsunternehmen ab. Insgesamt wird der Anteil der nichthandelbaren Aktien an den rd. 1.250 börsennotierten Unternehmen auf ca. 60% geschätzt. Dieser hohe Anteil ist das Ergebnis der

nur teilweise durchgeführten Privatisierung der Staatsunternehmen.

Um den Markt zu beruhigen, kündigte die CSRC an, dass die vorläufigen Pläne noch verfeinert werden müssten. Die Reduzierung des hohen Staatsanteils an den Unternehmen soll der CSRC zufolge jedoch die Interessen der Investoren mit einbeziehen und nicht zu einem Markteinbruch führen.

Es wird damit gerechnet, dass im Februar – vor Beginn der Finanzkonferenz über die Entwicklung des Sektor in den nächsten fünf Jahren – ein ausführlicher Plan über den schrittweisen Verkauf der Staatsaktien vorgelegt wird. Ob allerdings die hohen Anteile des Staates ohne Kurseinbrüche verkauft werden können, wird stark bezweifelt. (FT, 30.1.02; AWSJ, 30.1.02; BBC EF, 11.1.02)

Neben der Diskussion über den Verkauf von Staatsanteilen an den Unternehmen steht die Überprüfung der Buchhaltungspraxis börsennotierter Unternehmen im Mittelpunkt des Interesses. Das Problem der „kreativen Buchführung“ verglich Li Jinhua, Leiter der State Auditing Administration, als Krebsgeschwür, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefährden könne. Im letzten Jahr fand die Behörde bei einer Überprüfung der Aktiva und Passiva von 68% der staatlich kontrollierten Unternehmen – börsennotierte sowie nichtbörsennotierte – schwerwiegende Täuschungen vor. So hatten eine Reihe von Unternehmen ihre Verluste verborgen, um Gewinne ausweisen zu können, während andere ihre Gewinne verborgen hatten. Andere Unternehmen wiederum hatten öffentliche Gelder für eigene Ziele verschwendet. (BBC PF, 26.11.01)

Die börsennotierten Unternehmen haben nunmehr die Auflage, eine zusätzliche Überprüfung durch ausländische Buchprüfungsunternehmen durchführen zu lassen. Diese Entscheidung wurde von den chinesischen Unternehmen dieser Branche kritisiert. Sie verwiesen auf den Zusammenbruch des US-Unternehmens Enron, der auch nicht von den Buchprüfungsunternehmen vorausgesagt worden sei. (FT, 28.1.02) -schü-

30 Einkommen der Bauern zu niedrig

Auf der Arbeitskonferenz der Zentralregierung zum Agrarsektor und zur ländlichen Arbeit im Jahre 2002 stand die Frage der ländlichen Einkommen im Mittelpunkt der Diskussion. In Kommentaren in den staatlichen Medien wird das langsame Wachstum der bäuerlichen Einkommen als der wesentliche Einflussfaktor für die schwache private Inlandsnachfrage angesehen. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbsdrucks nach dem WTO-Beitritt auch für den Agrarsektor müsse der ländlichen Einkommensentwicklung große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bauern müssten mehr verdienen und weniger Abgaben entrichten. (BBC PF, 7.1.02)

Wie stark die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind, darauf verwies der Beijinger Parteisekretär Jia Qinglin Anfang d.J. Obwohl die Beijinger (ländlichen) Außenbezirke in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hätten, gebe es noch enorme Einkommensunterschiede zwischen den Städtern und Bauern. Während das Pro-Kopf-BIP im letzten Jahr im städtischen Bezirk Beijings bei 3.000 US\$ liege, verzeichneten die ländlichen Gebiete lediglich ein Pro-Kopf-BIP von 1.700 US\$. Die Daten basierten auf 10 ländlichen Kreisen und Bezirken und einer ländlichen Bevölkerung von 4,4 Mio. Auch im Lebensstandard gebe es große Unterschiede. So beläufte sich das verfügbare Einkommen der Städter auf 12.000 Yuan, dagegen der Bauern nur auf 5.099 Yuan. Weiterhin beständen enorme Unterschiede hinsichtlich Infrastruktur, Umweltschutz, Bildung etc. Die Einkommen der Bauern in den ländlichen Außenbezirken der Stadt Beijing basierten zu zwei Dritteln auf Lohneinkommen in ländlichen Unternehmen und nur zu einem Drittel aus Einkommen aus der Landwirtschaft. (BBC EF, 19.1.02)

Als Voraussetzung für die Erhöhung der bäuerlichen Einkommen wird die marktorientierte Umstrukturierung des Agrarsektors in einem Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur von Anfang d.J. genannt. Nur so könne der Agrarsektor dem internationalen Wettbewerb standhalten. Die Probleme bei der Umstrukturierung

seien jedoch vielfältig. Dazu zählten überlappende Produktionen, extensiv betriebene Bewirtschaftung, einfache Produkte und schleppende Verkäufe von einigen Agrarprodukten. So seien beispielsweise aufgrund der zunehmenden Konkurrenz aus dem Ausland bestimmte Agrarprodukte Nordostchinas wie Mais, Sojabohnen und andere Produkte preislich weniger wettbewerbsfähig geworden. Obwohl diese Nachricht schockierend sei, weise sie auf notwendig Struktur Anpassungen hin. (FBIS-CHI-14.1.02)

Auch in institutioneller Hinsicht scheint die WTO der Auslöser für Veränderungen zu werden. So ist nach dem WTO-Beitritt nach Ansicht von Cheng Guoqiang vom Forschungszentrum des Staatsrates die Organisation von bäuerlichen Wirtschaftsinteressen in Vereinigungen erforderlich, die in WTO-Konflikten als Repräsentanten auftreten könnten. Auch Landwirtschaftsminister Du Qinglin wies auf der oben erwähnten Arbeitskonferenz darauf hin, dass die Gründung von intermediären Organisationen wie privaten Industrievereinigungen und Handelskammern im Agrarsektor notwendig werde. (FBIS-CHI-11.1.02) -schü-

31 Vorläufige Wirtschaftsergebnisse für 2001 veröffentlicht

Ende Dezember letzten Jahres gab Zhu Zhixin, Direktor des Staatlichen Statistikamtes, einen Bericht zu den vorläufigen Ergebnissen der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001. Die wesentlichen Grunddaten beziehen sich dabei auf die Periode Januar bis November letzten Jahres.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM:

Zhu zufolge wird sich der Wert des BIP voraussichtlich auf rd. 9.580 Mrd. Yuan belaufen, ein Anstieg von 7,3% gegenüber dem Vorjahr. Dies Ergebnis legt nahe, dass das Wachstum im 4. Quartal des letzten Jahres – dessen Höhe nicht bekannt gegeben wurde – deutlich niedriger gewesen sein muss als in den Quartalen zuvor. Für das 1. Quartal war eine Wachstumsrate von 8,1%, im 2. Quartal von 7,8% und im 3. Quartal von 7% gemeldet worden. Im Jahr zuvor hatte die Wachstumsrate bei 8% gelegen.

Die im Jahr 2001 realisierte Wachstumsrate von 7,3% war Zhu zufolge schwierig zu erreichen gewesen, da die internationalen Wirtschafts- und Politikbedingungen einen negativen Einfluss ausgeübt hatten. Da die wichtigsten Exportmärkte, die USA, die EU und Japan, im letzten Jahr schrumpften, sei das Exportwachstum deutlich zurückgegangen.

LANDWIRTSCHAFT:

Vorläufigen Angaben zufolge wird das Volumen der Getreideernte rd. 450 Mio. t betragen. Der Anstieg der Baumwoll- und Zuckerproduktion wird mit rd. 10% angegeben.

INDUSTRIE:

Die staatliche Förderung von Großprojekten der Infrastruktur wirkte sich auch positiv auf das Wachstum im Industriesektor, insbesondere auf die Produktion von Stahl, Zement und Glass, sowie auf die Nachfrage nach Energie und Transportleistungen aus. Der Wert der Industrieproduktion nahm um 9,9% gegenüber dem Vorjahr zu.

Zhu zufolge hat die Reform der Staatsunternehmen weitere Fortschritte gemacht. Von den 14 Schlüsselindustrien würden 13 inzwischen wieder schwarze Zahlen schreiben. Darüber hinaus sei es gelungen, überschüssige Kapazitäten in Grundstoffindustrien wie Kohlebergbau, Metallurgie und Baustoffindustrie abzubauen. Gleichzeitig habe der Output von Elektronik- und Telekommunikationsprodukten erheblich gesteigert werden können.

INVESTITIONEN UND PRIVATER VERBRAUCH:

Um die Konjunktur zu stützen, hat die Regierung im letzten Jahr Staatsanleihen für den Bau von Infrastrukturprojekten zu einem Wert von 150 Mrd. Yuan begeben. Hierdurch wurde ein Anstieg der Anlageinvestitionen in der Periode von Januar bis November 2001 um 16,3% ermöglicht. In derselben Periode erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz um 10,1%; die Wachstumsrate lag damit höher als im Jahre 2000. Das Preisniveau blieb mit einem Anstieg um 0,8% sehr niedrig. Der private Konsum wurde durch die weiter bestehenden Unsicherheiten gegenüber Entlassungen eingeschränkt. Insgesamt sparte die Bevölkerung 7,4 Billionen Yuan (rd. 1 Billion Euro), eine Zunahme um 14,7% gegenüber dem

Vorjahr. Die Geldmenge M2 erhöhte sich in 2001 nach Angaben der chinesischen Zentralbank um 14,4% auf 15,8 Billionen Yuan. (FAZ, 16.1.02)

EINKOMMENSENTWICKLUNG:

Das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Städter stieg im letzten Jahr real um 8,2% und damit um 1,8% schneller als 2000. Die Pro-Kopf-Einkommen der Bauern nahmen um real 4% zu, 1,9% mehr als 2000. (XNA, 31.12.01)

AUSSENWIRTSCHAFT:

Aufgrund der oben erwähnten Einbrüche in den wichtigsten Exportmärkten konnten die Ausfuhren um lediglich rd. 5% gesteigert werden; im Jahr 2000 hatte das Exportwachstum noch bei 27,8% gelegen. Im Zeitraum Januar bis November konnte ein Handelsvolumen von insgesamt 462,8 Mrd. US\$ realisiert werden, dies waren 7,4% mehr als in der Vorjahresperiode. Während die Exporte in diesem Zeitraum um 6,3% (241,6 Mrd. US\$) zunahm, erhöhten sich die Importe um 8,6% (221,2 Mrd. US\$). (XNA, 30. und 31.12.01)

Die Devisenreserven stiegen bis Ende Oktober d.J. auf 203 Mrd. US\$; im Jahr 2000 hatten die Reserven bei 165,6 Mrd. US\$ gelegen. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen belief sich bis Ende November auf 41,9 Mrd. US\$, eine Zunahme um 15,6%. (XNA, 4.1.02) -schü-

ar 1999 hatte sich das Hongkonger Gericht für großzügigere Aufenthaltsrechte entschieden. Im Juni 1999 hatte jedoch der Nationale Volkskongress in Beijing beschlossen, dass Kinder, die geboren wurden, bevor ihre Eltern ein Aufenthaltsrecht in Hongkong besaßen, nicht dort bleiben dürften (vgl. C.a., 2001/7, Ü 30).

Sowohl die chinesische als auch die Hongkonger Regierung haben großes Interesse daran, den Zustrom von VR-Bürgern zu begrenzen, wobei unter anderem die Ankunft schwangerer Frauen in Hongkong sowie die Adoption VR-chinesischer Kinder durch Hongkonger Eltern als Problem gesehen wurden. Hierbei war der chinesischen Regierung die Kontrolle der Zuwanderung wichtiger als die Wahrung der (Schein-)Unabhängigkeit Hongkonger Gerichte. Ende 2001 hatte die Hongkonger Regierung außerdem angekündigt, Kindern ohne Aufenthaltsgenehmigung den Schulbesuch zu verweigern. Dies führte im Dezember zu heftigen Protesten (vgl. C.a., 2001/12, Ü 33).

Für viele der betroffenen Familien bedeutet das Urteil, dass die Kinder allein in die Volksrepublik zurückkehren müssen, wenn die Eltern in Hongkong bleiben wollen. Die Regierungen hoffen, dass das neue Urteil abschreckende Wirkung haben wird. Es ist davon auszugehen, dass die meisten eingewanderten Hongkonger ebenfalls eine Begrenzung der Einwanderung begrüßen. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen protestierten jedoch gegen das Gerichtsurteil.

Regierungschef Tung Chee-hwa teilte mit, dass die Betroffenen bis Ende März Hongkong verlassen müssen. (ASWJ, 11.1.02; NZZ, 11.1.02; *Straits Times*, 11.1.02) -tk-

300.000 erhöht haben. Die Erhebung war von April bis Juni 2001 durchgeführt worden. Sie ergab, dass insgesamt 41.300 Hongkonger Bürger über 18 Jahre auf dem Festland lebten. Der Aufenthalt umfasste mindestens drei Monate von den letzten sechs vor der Erhebung liegenden Monaten. Von diesen Bürgern lebten 93% in der Provinz Guangdong. Etwa 78% von ihnen gaben an, dass sie wegen ihrer Arbeit auf dem Festland lebten. Weitere Gründe waren Zusammenziehen mit Ehepartnern und Kindern (19%), Nähe zu Verwandten (19%) und bessere Lebensbedingungen (19%). Die Befragten konnten mehrere Gründe angeben.

Laut Erhebung wurden insgesamt 189.000 Wohnungen und Häuser von Hongkonger Bürgern auf dem Festland gekauft oder gebaut. Davon liegen 88% in Shenzhen, Dongguan und Guangzhou, der Rest in Fujian und Jiangsu. Von den Eigentümern gaben 54,6% an, selbst in den Wohnungen zu leben; viele nutzen das Eigentum für Ferienzwecke. 80% der Eigentümer haben ihren ersten Wohnsitz in Hongkong.

Die Erhebung fand außerdem heraus, dass in den kommenden zehn Jahren etwa 3,2% der erwachsenen Hongkonger Bevölkerung (172.000 Menschen) mehr oder weniger dauerhaft aufs Festland ziehen werden, d.h. mindestens sechs Monate im Jahr dort leben werden. Von diesen wollen 62% den Vorteil niedrigerer Lebenshaltungskosten auf dem Festland nutzen. Man schätzt, dass nur die Wenigsten ihre Verbindungen zu Hongkong abbrechen werden. Mit anderen Worten, die Grenze zwischen der SVR und dem Festland wird immer durchlässiger werden. (SCMP, 29.12.01) -st-

SVR Hongkong

32 VR-Bürger ohne Aufenthaltsrecht in Hongkong

Am 10. Januar hat Hongkongs höchstes Berufungsgericht mit 4:1 Stimmen endgültig entschieden, dass etwa 5.000 in Hongkong lebende VR-Bürger ausgewiesen werden können. Weniger als 300 Kläger – und zwar vor allem die, die schon vor dem 29. Januar 1999 in Hongkong eingetroffen waren – erhielten das Recht, dort zu bleiben. Hiermit wird ein jahrelanger Rechtsstreit beendet, bei dem es besonders um die Rechte von Kindern ging, die zumindest einen Elternteil mit Aufenthaltsrecht in Hongkong hatten. Im Janu-

33 Immer mehr Hongkonger ziehen aufs Festland

Einer Erhebung der Hongkonger Planungsbehörde zufolge leben mehr als 40.000 Hongkonger auf dem Festland. Zudem wurden fast 190.000 Wohnungen jenseits der Grenze von Hongkongern gekauft. Damit verfestigt sich der Trend hin zu einer mobilen Bevölkerung, die jenseits der Grenze arbeitet und zunehmend auch dort wohnt. Bis zum Jahr 2030 soll sich deren Zahl auf

SVR Macau

34 Taiwan-Vertretung in Macau beginnt mit Visa-Ausstellung

Die Taiwan-Vertretung in Macau, das „Wirtschafts- und Kulturzentrum Taipeis in Macau“ (*Taipei Economic and Cultural Centre, Macau*, dies ist die of-